

## Schluss: Französische Außenpolitik und Identität

### *Allgemeine und spezifische Verhaltensanalyse*

Beginnen wir die Zusammenschau der beiden Fallstudien und der in dieser Arbeit gewonnenen Erkenntnisse, indem wir uns die Ergebnisse des Problemaufrisses in Erinnerung rufen (vgl. S. 101ff.). Dabei hatten wir herausgearbeitet, dass Frankreich

- eine sehr aktive Außenpolitik betreibt und in vielen Politikbereichen als Initiator oder *promoter* gilt;
- in der Realisierung und Durchführung der Politiken oft in die Rolle des ‚*passive complier*‘ oder gar ‚*reluctant follower*‘ zurückfällt;
- im Mitteleinsatz auf die gesamte Palette von außenpolitischen Instrumenten – inklusive symbolische Akte – zurückgreift;
- rhetorisch die Abgrenzung zu den USA pflegt;
- bei Militäreinsätzen einen klaren Trend zum Multilateralismus erkennen lässt;
- eine aktive Institutionenpolitik, sowohl in der UNO, der OSZE als auch in der EU betreibt;
- im Zeitablauf ein Trend von unilateralem zu intergouvernementalem und – in der EU – vergemeinschaftetem Handeln zeigt, obwohl in bestimmten Bereichen eine Vergemeinschaftung konsequent verweigert wird (GASP);
- in der Unterstützung einer gemeinsamen europäischen Außenpolitik insgesamt eher unstet agiert;
- in der Vertiefung der europäischen Integration zwischen *promoter* und *obstructor* oszilliert.

Kontrastieren wir diese allgemeinen Beobachtungen nun mit den Erkenntnissen der Fallstudien. Einmal mehr kann zunächst festgehalten werden, dass in beiden Fallstudien ein französisches aktives Verhalten unverkennbar war, wenn auch mit unterschiedlichen Vorzeichen: Hatte sich Paris in der ersten Phase der Kosovo-Krise noch an der Spitze der internationalen Verhandlungsdiplomatie gesehen, fiel es mit dem Beginn der Luftschläge in eine *Supporter*-Rolle zurück und konnte in der Folge weniger Einfluss auf die Konfliktlösung entfalten – obwohl es dies rhetorisch beanspruchte. In den Uruguay-Verhandlungen folgte Frankreich von Beginn an nur widerwillig und bezog dann eine *Obstructor*-Rolle, die es über fast drei Jahre hinweg nicht mehr verlassen mochte. Frankreich allein blockierte damit einen Abschluss der bislang wichtigsten Welthandlungsrunde. Erst ein Einschwenken auf eine

*Reluctant follower*-Position machte einen erfolgreichen Abschluss überhaupt möglich. Neben einer aktiven Institutionenpolitik griff Paris auch zu Drohungen und Erpressungen der europäischen Partner und betrieb – trotz vergemeinschafteten Politikfeldes – eine ausgeprägte Konfrontationspolitik. In der Kosovo-Krise ließ sich ein derart unilateraler Habitus kaum entdecken: Bis auf kleine Einzelaktionen kooperierte Frankreich in den verschiedenen Institutionen gut mit den europäischen und transatlantischen Partnern. Die identitäre Herausforderung bestand für Frankreich im GATT-Fall darin, sich der internationalen Gemeinschaft anzunähern, im Kosovo-Krieg hingegen darin, sie nicht zu verlassen.

Die Verhaltensanalyse der Fallstudien bestätigt also *grosso modo* die in Kapitel 2 herausgearbeiteten Befunde. Wenden wir uns nun dem Analyserahmen zu.

#### *Identität: Kontinuität und die Möglichkeit des Wandels*

Als Ergebnis des Kapitels 3 wurde ein Raster von Identitätselementen vorgeschlagen, mit dessen Hilfe außenpolitische Diskurse analysiert werden können. Diese Identitätselemente waren:

- Frankreich als Großmacht
- Frankreich als Teil Europas der Dritten Kraft
- Frankreich als Teil der europäischen Schicksalsgemeinschaft
- Frankreich als Teil des ‚Markteuropa‘
- die Bewahrung Frankreichs als *état-nation-patrie*
- Frankreich als Teil des Westens
- das christliche Frankreich.

Diese Identitätselemente bilden die ultimativen Argumente der außenpolitischen Diskurse und stecken insofern den Möglichkeitsraum der Außenpolitik ab. Damit erscheinen sie zugleich als die Garanten der Kontinuität der französischen Außenpolitik. Welche Identitätselemente sind nun die wichtigsten? Während ‚Großmacht‘, ‚Dritte Kraft‘, ‚Bewahren Frankreichs‘ oft und mit Hilfe verschiedenster Argumentationsmuster aktiviert wurden, war der Rekurs auf ‚Frankreich als Teil der europäischen Schicksalsgemeinschaft‘ und ‚Frankreich als Teil Markt-Europas‘ schwach. ‚Frankreich als Teil des Westens‘ und ‚christliches Frankreich‘ blieben gar marginal. Dies kann nur teilweise mit den verschiedenen Politikfeldern erklärt werden, denn im Kosovodiskurs hätte sich die Aktivierung ‚des Westens‘ zur Absicherung des französischen Verhaltenswandels förmlich angeboten, sie unterblieb aber. Das ‚christliche Frankreich‘ schien nur im Kosovodiskurs am Rande noch auf, einzig benutzt von der *Front National*.

Von mittlerer Bedeutung war das Identitätselement ‚**Frankreich als Teil einer europäischen Schicksalsgemeinschaft**‘, das nicht an die Wichtigkeit der drei eingangs erwähnten (Großmacht, Dritte Kraft, Bewahrung Frankreichs) heranreichen kann. In der ersten Phase des Kosovokonflikts wurde es nicht aktiviert; erst in der rhetorischen Gegenoffensive wurde es von den mächtigen Diskursträgern Chirac und auch Jospin zum Leben erweckt, um die Rechtfertigung der Beteiligung Frankreichs an den Luftschlägen abzusichern. Als der Kosovo zu Europa gehörend interpretiert wurde, konnte erfolgreich an das Verantwortungsgefühl der Franzosen appelliert werden, das ein ‚Beiseitestehen‘ abqualifizierte. Auch im GATT-Diskurs entfaltete es erst spät, zur Begründung der ‚*exception culturelle*‘ wirklich Wirkung. Das Element scheint nicht zu den ‚Reflexen‘ der Diskursträger zu gehören, vermag aber – einmal aktiviert – Überzeugungskraft zu entfalten. Ähnlich verhält es sich mit dem Identitätselement ‚**Frankreich als Teil Markt-Europas**‘, das sich naturgemäß eher für wirtschaftliche Kontexte eignet. In der Begründung für die Blockadehaltung Frankreichs in den Uruguay-Verhandlungen wurde es mit protektionistischen Argumentationen aufgeladen und konnte so eine gewisse Wirkung erzielen. Indes, für das Verständnis der französischen Kontinuitäten wie für den Wandel erscheinen diese vier genannten Identitätselemente fast entbehrlich. Entscheidend sind die eingangs erwähnten drei (‚Großmacht‘, ‚Dritte Kraft‘, ‚Bewahren F‘). Auf sie beziehen sich praktisch alle Diskursträger unterschiedlichster Provenienz und Parteizugehörigkeit auch ungeachtet des jeweiligen Amtes.

Das Identitätselement ‚**Frankreich als Großmacht**‘ ist dabei der Schlüssel zum Verständnis von Frankreichs Führungsanspruch und seinem Bestreben, in der internationalen Politik eine tragende Rolle einzunehmen. Im Kosovokrieg konnte dem mit der Verhandlungsleitung von Rambouillet entsprochen werden, in den GATT-Verhandlungen durch Frankreichs Rolle als zweite Agrargroßmacht der Welt, die aus diesem Grund eine privilegierte Rolle in der EG beanspruchte. Als die französischen Entscheidungsträger sich entschlossen hatten, an der Seite der USA Luftschläge gegen Serbien zu führen, kamen sie im Diskurs unter Druck, weil die *anti-frappes* genau dieses Identitätselement nun besser zu aktivieren vermochten. Ähnlich im GATT-Diskurs: Die Gegner einer nachgiebigeren Haltung Frankreichs waren solange argumentativ im Vorteil, wie die Blockade der Verhandlungen dem Großmachtstatus eher begünstigte als ihm Schaden zuzufügen. Dieses Identitätselement erwies sich in den Diskursen als sehr überzeugend, wenn es darum ging, Kontinuität zu begründen. Es erwies sich allerdings als relativ ‚eindimensional‘ in dem Sinn, dass es Neuinterpretationen zur Begründung von drastischen Verhaltensänderungen nur schwer zugänglich war. Eine unilaterale oder dominierende Außenpolitik lässt sich verständlicherweise besser mit dem

eigenen Großmachtstatus begründen als eine multilaterale, kooperative oder eher passive Haltung. So sah sich die Regierung nach Beginn der Bombenangriffe auf Jugoslawien immer wieder gezwungen, durch Kritik am Vorgehen der NATO ihren eigenen Einfluss als Großmacht deutlich zu machen. In den vorliegenden Fallstudien entpuppte sich also das Identitätselement ‚Frankreich als Großmacht‘ als wertvoll zum Verständnis der Kontinuitäten der französischen Außenpolitik, vermag indes wenig zur Aufhellung von Wandel beizutragen. In dieser Beziehung etwas ‚elastischer‘ scheint das Identitätselement ‚**Frankreich als Teil eines Europa der Dritten Kraft**‘ zu sein. Zwar blieb es im Kosovodiskurs bevorzugtes Identitätselement der *anti-frappes*, doch im GATT-Diskurs zeigte es sich offen für Wandel. Im Kontinuitätssinne hatten die französischen Diskursträger zunächst konsensual bekundet, im besten Interesse Europas zu handeln, was die Blockade der Verhandlungen bis 1993 aus ihrer Sicht hinreichend legitimierte. Die Beobachtung, dass Frankreich aber damit in Europa praktisch allein stand und keinesfalls beanspruchen konnte, für Europa zu sprechen, blieb im gesellschaftlichen Diskurs weitgehend unbemerkt. Eine erfolgreiche und verstärkte Aktivierung des Elements zur Rechtfertigung des Wandels konnte jedoch nur gelingen, wenn die Interessen Frankreichs mit denen Europas (seiner Organe und der Partner) deckungsgleich schienen, oder, anders gesagt, wenn zumindest möglichst wenig medienwirksame Indizien die divergierenden Positionen der Mitgliedstaaten offen legten. Die französischen Versuche, den Einfluss der Kommission auf die Verhandlungen insgesamt zu verringern, erscheint in dieser Perspektive verständlich. Das Überzeugen der Partner erwies sich als schwieriger: Frankreich gelang es erst mit Hilfe unverhüllter Drohungen und der Aktivierung gesellschaftlicher Akteure, Deutschland auf seine Seite zu ziehen. Als beides geschafft war, ließ sich das Identitätselement ‚Frankreich als Teil eines Europas der Dritten Kraft‘ mit fast beliebigen Handlungsanweisungen verknüpfen und erwies sich für die Begründung der Verhaltensänderung als sehr geeignet.

Als noch elastischer zur Absicherung von Wandelargumentationen erwies sich das dritte wichtige Identitätselement: ‚**die Bewahrung Frankreichs als *état-nation-patrie***‘. Dies erscheint auf den ersten Blick überraschend, denn schließlich verweist der Begriff des ‚Bewahrens‘ auf Kontinuität und Status quo. Der Rekurs der GATT-Gegner auf die Bedrohung der *France profonde* liefert auch zunächst einen guten Beitrag zum Verständnis der Konsequenz und Kontinuität des französischen Blockade-Verhaltens jenseits der externen Erwartungen. Die Neuausrichtung der Verhandlungsstrategie mit der Möglichkeit neuer Handlungsoptionen erwies sich als aufwändig, benötigte man hierfür doch substantielle neue Verhandlungsergebnisse – und, als dies nicht gelang, zumindest den Anschein dessen –, um

vormals gepflegte Bedrohungsszenarien relativieren zu können. Im Kosovokonflikt jedoch ergriffen die dominierenden Diskursträger die Gelegenheit, den Wandel der französischen Position mit der Herausforderung der Werte der ‚nation‘ zu begründen und hatten damit Erfolg. Jospin und Chirac gelang es, das Element mit Begriffen wie ‚Ehre‘, ‚Verantwortung‘ und ‚Humanität‘ aufzuladen und dann mit der Neuaktivierung von ‚Europa als Schicksalsgemeinschaft‘ zu ergänzen und zu stärken.

Fassen wir zusammen: Welchen Beitrag liefern die hier gewonnenen Erkenntnisse nun für die in Kapitel 2 herausgearbeiteten allgemeinen Verhaltensmuster? Die Kontinuitätsaspekte der französischen Außenpolitik bereiten insofern wenig Probleme, als dass sie mit der Stabilität der französischen Identitätskonstruktion gut verstanden werden können. Dies betrifft zum einen die Identitätselemente selbst: ‚Frankreich als Großmacht‘, ‚Frankreich als Teil Europas der Dritten Kraft‘ und ‚die Bewahrung Frankreichs‘ liefern einen guten Verständnisbeitrag für die Kontinuität des französischen Verhaltens in beiden Fallstudien. Zum anderen werden diese Identitätselemente über ‚realistische‘ Argumentationsmuster zu stabilen Diskursformationen geformt, die wiederum überwiegend realistische Handlungsempfehlungen hervorbringen. Die diagnostizierte Enge der Diskursstruktur mit im Vergleich zu anderen westlichen Ländern wenigen wichtigen Diskursteilnehmern im Regierungssystem und die damit verbundene Seltenheit der Öffnung von Diskursen mag ihren Teil zur Stabilität der Diskursformationen beitragen. Allerdings hat die Einbeziehung der Argumentationen der gesellschaftlichen Eliten in die Diskurse gezeigt, dass die Argumentationsmuster von Staatspräsident und Regierung dadurch lediglich ergänzt und variiert werden. Die breite Mitwirkung gesellschaftlicher Eliten an außenpolitischen Diskursen kontrastiert mit der Enge der Entscheidungsstruktur. Die diagnostizierten Positionswechsel wurden in einem sehr kleinen Kreis von Politikern und Beratern entschieden und umgesetzt. Die Hauptdiskurse erfolgten post-faktisch und hatten somit primär die Funktion, die *faits accomplis* zu erklären und abzusichern. Trotz dieser ‚elitären‘ Entscheidungsstruktur fällt es schwer, in Frankreich von einem *élite-mass split* zu sprechen: Es haben sich in den Diskursanalysen keine Hinweise dafür gefunden, dass sich die Argumentationsmuster mit der Entfernung von der Regierung verändern. Ein ausgeprägter *élite-mass split* in der Außenpolitik – wie er an anderer Stelle für Italien, Dänemark und auch für die Niederlande diagnostiziert wurde (Stahl 2003: 380), lässt sich für Frankreich nicht feststellen. Auch dieser Befund stützt die These einer starken und stabilen Identitätskonstruktion.

### *Diskurse und die Begründungen von Wandel*

Die Fallstudien haben auch wertvolle Erkenntnisse darüber gebracht, was passiert, wenn Positionswechsel in der Außenpolitik einen Begründungswandel notwendig erscheinen lassen. Kosovokrieg wie Uruguay-Runde belegen dabei eindrücklich die Dominanz der mächtigen Diskursträger Staatspräsident, Premierminister und Außenminister, allerdings jeweils mit unterschiedlichen Vorzeichen: In der Uruguay-Runde leisteten Premierminister und Außenminister die rhetorische Kärnerarbeit, im Kosovokrieg waren es Staatspräsident und Premierminister. Blicken wir auf die von Townson eingeführten Möglichkeiten, die Diskurshegemonie zu erringen, so geschah dies beide Male nicht, indem neue Begriffe (*naming*) in den Diskurs eingeführt wurden. Vielmehr wurden neue Argumentationen mit Identitätselementen verknüpft oder bekannte Argumente neu angebunden (*referencing*). Am häufigsten waren Umdeutungen bereits bekannter Begriffe und Argumentationsmuster (*signifying*). So gelang im GATT-Diskurs die Absicherung der Verhaltensänderung durch die inhaltliche Neubestimmung der „*courage politique*“, einer ‚Neuverhandlung des Blair House Kompromisses‘, eine positive Konnotation der WTO sowie eine Bedeutungsveränderung ‚Europas‘ als kulturelle und wirtschaftliche ‚Dritte Kraft‘. Ähnliches war im Kosovo-Diskurs zu beobachten, in dem der Wandel des Verhaltens vor allem durch eine Umdeutung von ‚Europa‘ (‚Kosovo als Teil unserer Erde‘) erklärt wurde. Indem zusätzlich der Konfliktgegenstand über eine Menschenrechtsargumentation an die ‚Ehre‘ der *nation* gekoppelt wurde, konnte eine erfolgreiche neue Referenz hergestellt werden.

Die Bemühungen der französischen Diskursträger können auch unter dem Aspekt betrachtet werden, wie es eine Regierung schafft, zwei vormals weitgehend inkompatible Diskursräume – den internationalen/europäischen und den nationalen – zusammen zu führen. Je weiter die internationalen Verhandlungen gediehen, desto mehr erforderten sie die Konvergenz der Interpretationen und Begriffe. Die Uruguay-Studie zeigt dabei einen Fall von argumentativer Selbstverstrickung, als die französischen Diskursträger ultimativ den *Blair House Accord* in Frage stellten und meinten, hiervon nicht mehr abzurücken zu können. Erst die Kehre der deutschen Regierung konnte die Franzosen aus dieser Sackgasse befreien. Insofern bietet die Uruguay-Runde Anschauungsmaterial sowohl für eine erfolgreiche ‚Resonanzherstellung‘ (vgl. Fußnote 22) wie auch für eine im höheren Sinne gescheiterte.

Wenden wir nun den Blick vom ‚Wandel im Kleinen‘ – der Umdeutung von Begriffen – hin zur Analyseebene der **Diskursformationen**. In der EVG-Studie wurde die Formierung einer ‚realistischen‘ Diskursformation beobachtet, die die ‚idealistische‘ dominierte. In der

Maastricht-Studie konnte eine Ausdifferenzierung des realistischen Zweiges diagnostiziert werden: Er spaltete sich in eine integrationsfreundliche (die realistisch-europäische) und integrationsfeindliche (realistisch-autonome) Formation. Die Fallstudien bestätigen zunächst die Dominanz der ‚realistischen‘ Formationen, die durch die Rekurrerung auf die zwei wichtigen Identitätselemente ‚Frankreich als Großmacht‘ und ‚Frankreich als Teil Europas der Dritten Kraft‘ vor allem geeignet scheinen, die Kontinuitätsaspekte des französischen Verhaltens zu verstehen. Sowohl in der ersten Phase des Kosovo-Konflikts wie auch in der GATT-Studie bis zum Amtsantritt der bürgerlichen Regierung waren sich die beiden realistischen Diskursformationen in ihrer Handlungsempfehlung einig. Die realistisch-autonome Diskursformation erwies sich aufgrund ihrer klarer Präferenz für unilaterales Handeln und den präsenten Bedrohungsfiguren in den Argumentationsmustern als vergleichsweise ungeeigneter für die Begründung flexibler europäischer und internationaler Verhandlungsführung. Die realistisch-europäische Diskursformation erscheint wesentlich elastischer für die argumentative Erklärung von Positionswechseln. Dabei rekurrerieren die Diskursträger beider Formationen bemerkenswerterweise auf nahezu die gleichen Identitätselemente. Auch in Bezug auf die Argumentationsmuster zeigen sich erstaunliche Ähnlichkeiten bspw. hinsichtlich realistischer Interpretationen von Konflikten und Akteuren. ‚Europa‘ jedoch macht den Unterschied: ‚Europa‘ erscheint in den realistisch-europäischen Argumentation inklusiv und wird dynamisch und variabel interpretiert.

Die idealistische Diskursformation bleibt schwächer als die beiden realistischen, erlebte jedoch eine Revitalisierung: Blieb sie im GATT-Diskurs noch schwach – mit der Begründung der kulturellen Identität Europas und dem Eintreten für die Forderungen der Dritten Welt – so diente sie den führenden Diskursträgern im Kosovodiskurs zur Absicherung der Wandelargumentation. Insbesondere die *nouveaux philosophes* benutzten Menschenrechtsargumentationen und appellierten an universelle Werte, als sie gegen das serbische Regime Stellung bezogen. Gleichwohl, die beiden realistischen Diskursformationen werden die außenpolitischen Identitätskrisen Frankreichs noch länger dominieren.

Welche Faktoren begünstigen nun Wandelargumentationen? Es wäre zunächst in Bezug auf **externe Faktoren** zu vermuten gewesen, dass die Kraft der Institutionen in der GATT-Fallstudie als vergemeinschaftetem Politikfeld hätte ungleich stärker ausfallen müssen als im Kosovo-Konflikt als Beispiel für das vergleichsweise lose institutionalisierte Politikfeld ‚Sicherheit‘. Dies ist eindeutig nicht der Fall. Immerhin zeigten die GATT-Verhandlungen gleichwohl, dass Frankreich sich nicht in der Lage sah, die Verhandlungen gänzlich zu

suspendieren – wie es dies noch im EVG-Fall getan hatte. Vielmehr legte die gouvernementale Rhetorik Zeugnis ab von einem konstanten Druck seitens der europäischen Partner und der EG-Organe, die sich in immer neuen *deadlines*, Sitzungsterminen und Abstimmungsprozessen niederschlugen.

Die Wirkungskraft formativer Ereignisse in Diskursen bleibt insgesamt gering: Sicherlich haben – ähnlich wie in anderen westlichen Staaten im Kosovokonflikt – auch die Ereignisse in der Dreniça und in Raçak für die Erwartungen der Entscheidungsträger Wirkung gezeigt. Insgesamt bestätigen die Fallstudien jedoch die ersten Vermutungen der vergleichenden Untersuchungen des PAFE-Projekts, wonach der Einfluss von formativen Ereignissen im Diskurs schwach blieb (Stahl 2003: 375f.).

Der einzige nennenswerte Faktor für die Begründung von Wandel scheint das **wahrgenommene Verhalten anderer Staaten** zu sein. Die Fallstudien bestätigen diesen Befund und spezifizieren ihn für Frankreich. Der Kosovo-Fall zeigt, dass zunächst einzig die USA als Referenzpunkt in den Argumentationsmustern auftauchten. Ansonsten ist lediglich das Verhalten der Großmächte insgesamt von Bedeutung. Als der eigene Positionswechsel begründet werden musste, blieb die Thematisierung des Verhaltens anderer selektiv. So wurde das Verhalten Russlands und die Blockade der wichtigen Institutionen Sicherheitsrat und Kontaktgruppe in der Rhetorik praktisch ignoriert. Die USA aber blieben stets auf der Agenda, während in der zweiten Konfliktphase zunehmend die Interpretation des Verhaltens der jugoslawischen Regierung ins Blickfeld rückte. An ihrem Verhalten machten die Apologeten des Wandels die französische Verhaltensänderung fest. Diese ‚selektive Wahrnehmung‘ ist auch für den GATT-Fall diagnostizierbar. Zunächst hatte sich Frankreich gegenüber dem massiven Druck der anderen Verhandlungsparteien inklusive der europäischen Organe und Partner unempfindlich gezeigt. Das wahrgenommene unkooperative Verhalten der USA sowie die ‚fehlerhafte‘ Verhandlungsführung der Kommission erwiesen sich als Mantra der Argumentationen. Erst die praktische Rückkehr an den Verhandlungstisch erforderte eine stärkere Außenorientierung und Berücksichtigung einzelner Länder. Den Schlüssel zum Erfolg der Neujustierung der innerfranzösischen Debatte hielt dabei Deutschland in der Hand. Erst seine Verhaltensänderung ermöglichte die erfolgreiche rhetorische Darstellung einer ‚Interessenidentität‘ zwischen Frankreich und Europa. Aber nicht zu vergessen bleibt, dass sich Deutschland eher auf Frankreich zu bewegt hat als umgekehrt (Lütticken 2001: 9). Die Vermutung der Vorstudien in Bezug auf die Empfänglichkeit gegenüber externen Faktoren bleibt somit bestehen: Frankreich agierte als

introvertierte Macht, das lediglich auf Verhaltensänderungen der ‚Mächtigen‘ namentlich der USA und, abgeschwächt, Deutschland reagierte.

Die Ansicht ist weit verbreitet, dass in den drastischen Positionswechseln der französischen Außenpolitik ‚taktische‘ Anpassungen an äußere Erfordernisse zu sehen sind (vgl. bspw. Treacher, S. 16f. d. Arbeit). Diese Einschätzung wird durch die vorliegende Arbeit zwar im Groben geteilt, erzeugt jedoch weiteren Erklärungsbedarf: Wann und wie kommt es zu solchen ‚taktischen Anpassungen‘? In den vorliegenden Fallstudien lag der Identitätskonflikt im Auseinanderfallen von realistisch-autonomer und realistisch-europäischer Diskursformation begründet. Letztere Diskursformation erweist sich als wesentlich flexibler für eben-diesen ‚taktischen Wandel‘, da sie ein viel breiteres Verhaltensspektrum (inklusive Supranationalisierung der EU und Verhaltenskonvergenz mit den USA) zulässt. Wie ausgeführt, scheinen Institutionen und externe Erwartungen kaum ihren Weg in die Diskursbeiträge zur Außenpolitik zu finden. Lediglich das Verhalten anderer, als mächtig wahrgenommener Staaten wird rezipiert und interpretiert. Das Verhalten der USA kann dabei Anknüpfung finden sowohl im Identitätselement ‚Frankreich als Großmacht‘ wie auch ‚Frankreich als Teil Europas der Dritten Kraft‘. Das erstere kann vor allem dann bedient werden, wenn Einflussmehrung allgemein demonstriert und legitimiert werden soll. Das Letztere erweist sich gerade vor dem Hintergrund des sehr verbreiteten Anti-Amerikanismus als sehr geeignet, sich gegenüber den USA zu emanzipieren und abzugrenzen. Greifen nun die USA bspw. in einen Konflikt ein, so hat Frankreich keine identitären Probleme, solange ‚Frankreich als Großmacht‘ und ‚Frankreich als Teil eines Europas der Dritten Kraft‘ in die selbe Richtung weisen, also etwa dann, wenn Europa eine distinkte Politik verfolgt. Als Beispiele können die Nahostpolitik mit der Venedig-Deklaration, die OSZE-Politik der 80er Jahre, der Vietnamkrieg, die Jugoslawienpolitik bis 1994 und nicht zuletzt die Irak-Krise im Frühjahr 2003 dienen. Problematisch wird es, wenn Frankreich an der Seite der USA (Kosovo) agiert oder kooperativ mit den USA verhandelt (GATT). Nun stehen hinter dem Entscheidungsträgerkalkül ‚Abgrenzung/Eigenständigkeit‘ versus ‚Einflussverlust‘ jeweils die beiden realistischen Diskursformationen mit ihren divergierenden Handlungsempfehlungen.

### *Frankreichs Besonderheit*

Der ausschließliche Fokus auf eine nationale Außenpolitik verführt stets dazu, die herausgearbeiteten Erkenntnisse in ihrer Besonderheit überzuinterpretieren. Deshalb sei ein flüchtiger Blick auf andere europäische Außenpolitiken erlaubt, der helfen soll, das

‚Besondere‘ vom ‚Ähnlichen‘ der französischen Außenpolitik zu unterscheiden. Da diese Arbeit im Kontext eines umfangreichen Projekts zur vergleichenden Außenpolitikforschung (F, D, I, NL, DK, GR) entstanden ist, bietet sich dies geradezu an.

Was das außenpolitische Verhalten betrifft, sind alle grundsätzlichen Positionen Frankreichs auch bei anderen EU-Staaten zu finden (Boekle und Stahl 2003): die NATO-Skepsis bei Griechenland, die Fähigkeit und den Willen zu militärischen Interventionen beim Vereinigten Königreich, die verhaltene Position zu den Erweiterungen bei Italien, die bedingte Bereitschaft zur Vertiefung bei Dänemark, die rhetorische Unterstützung der GESVP bei Deutschland. Das ‚Besondere‘ ergibt sich für Frankreich lediglich durch die Kombination dieser Positionierungen. Ähnliches ist zu konstatieren, wenn man auf die Identitätskonstruktionen blickt. Auch die Identitäten anderer EU-Staaten weisen sehr starke Identitätselemente auf, die auf die Bewahrung des Eigenen – wie Frankreichs ‚Bewahren der *Etat-nation-patrie*‘ – verweisen (Stahl 2003: 370f.). Auch das multiple Zugehörigkeitsverständnis zu verschiedenen geographischen und funktionalen Regionen (‚Frankreich als Teil des Westens‘, des ‚christlichen Abendlandes‘, ‚Markt-Europas‘, einer ‚europäischen Schicksalsgemeinschaft‘) erscheint nicht idiosynkratisch, denn auch Dänemark fühlt sich verschiedenen Gruppen von Ländern und Kulturen zugehörig. Mit Dänemark teilt sich Frankreich zugleich eine ‚Introvertiertheit‘ der Diskurse, also die weitgehende Ignoranz von Fremderwartungen: Auch dies ist also nichts Einzigartiges. Ob diese Introvertiertheit mit einer bestimmten Haltung zur europäischen Integration im Sinne einer Vertiefungsskepsis und einem primär instrumentellen Europaverständnis korrespondiert, ist eine nahe liegende Hypothese und verdient weitere Beachtung in der vergleichenden Europaforschung. Folgt man der Introvertiertheits-Diagnose wäre für die Politikberatung zu fordern, die gewünschte Herausbildung eines europäischen Demos durch die Perforierung der nationalen Diskursgrenzen voranzutreiben: Es gilt, von außen in nationale Diskurse einzugreifen, um dort andere Argumentationsmuster bekannt zu machen und langfristig auf die ‚Europäisierung‘ nationaler Argumentationsmuster hinzuarbeiten.<sup>1</sup>

Für Frankreich ist die Stärke von ‚systemischen Identitätselementen‘ – also solcher Elemente, die die Rolle ihres Landes im internationalen System thematisieren wie ‚Frankreich als Großmacht‘ und als ‚Teil eines Europas der Dritten Kraft‘ – im europäischen Vergleich auffällig. Von den untersuchten Staaten hatte nur Griechenland eine in diesem Sinne ähnliche Identitätskonstruktion aufzuweisen (Katsioulis 2003: 262). Einzigartig bleibt das Identitäts-

element ‚Frankreich als Teil eines Europa der Dritten Kraft‘, das zumindest in den im PAFE untersuchten übrigen fünf Staaten kein Pendant hat. In diesem Element wird Europa mit dem internationalen System verknüpft, es ist auf diese Weise für Machtargumente offen. Berücksichtigt man zudem die europaorientierten Aufladungen, die das Element ‚Bewahrung Frankreichs‘ im Maastrichtdiskurs erfahren hat, wird die Vielschichtigkeit des französischen Europaverständnisses deutlich: ‚Europa‘ ist – im Unterschied zu den Partnern – eine selbstbezogene, affektive und systemische Kategorie.

### *Frankreich, Deutschland und die europäische Außenpolitik*

Die Wahrnehmung Deutschlands ist eingebettet in das das Europaverständnis Frankreichs. Die Vorstudien in Kapitel 3 haben gezeigt, dass das Europaverständnis in der französischen Identitätskonstruktion dreigeteilt ist: Zum starken ‚Frankreich als Teil eines Europas der Dritten Kraft‘ gesellen sich ‚Frankreich als Teil Markt-Europas‘ und ‚Frankreich als Teil der europäischen Schicksalsgemeinschaft‘. Dabei ist im Zuge der Rekurrerung auf ‚Frankreich als Teil eines Europas der Dritten Kraft‘ der eher instrumentelle Gebrauch des politischen Europas auffällig: Europa wird abgrenzend gegenüber dem ‚Anderen‘, insbesondere in Bezug auf die USA gebraucht. Das Identitätselement ‚Frankreich als Teil Markt-Europas‘ erwies sich als eher schwach und entfaltete im Maastricht-Diskurs und in der GATT-Studie eine begrenzte Wirkung. Bedeutsamer ist das Element ‚Frankreich als Teil der europäischen Schicksalsgemeinschaft‘, ein Element, das sich als sehr offen für historische Aufladungen (‚Versöhnung‘) wie auch für andere idealistische Argumentationsmuster gezeigt hat. Nicht Einfluss, Unabhängigkeit oder Macht, sondern aus der Geschichte resultierende Verantwortung und Eintreten für universelle Werte sind dabei wichtige Bausteine der idealistischen Diskursformation, die im Kosovo-Diskurs an Bedeutung gewonnen hat.

Welche Rolle spielt nun Deutschland in der französischen Identitätskonstruktion? Stellt es sich in weltpolitischen Fragen auf die Seite Frankreichs, stärkt es die ‚Dritte Kraft‘. Ein moderates und dezentes Verhalten erscheint gleichfalls unproblematisch, da es weder die ‚Vehikel- und Modernisierungsargumentation‘, die an ein ‚Markt-Europa‘ anknüpft, noch den Versöhnungsgedanken der idealistischen Diskursformation, die im ‚Europa als Schicksalsgemeinschaft‘ fußt, behindert. Schwierig wird es jedoch, wenn das deutsche Verhalten als macht- und einflussorientiert oder unilateral wahrgenommen wird – wie im Zuge der deutschen Vereinigung oder der Anerkennungsfrage beim Auseinanderbrechen Jugoslawiens.

---

<sup>1</sup> Die (misslungene) Sanktionierung der FPÖ-Regierungsbeteiligung in Österreich durch die EU-Mitgliedstaaten und die Berichterstattung des *Economist* über Berlusconi weisen in diese Richtung.

Nun können ‚die europäische Schicksalsgemeinschaft‘ oder die ‚Dritte Kraft‘ diskursiv kaum noch sinnvoll aktiviert werden, vielmehr erscheint sogar ‚Frankreich als Großmacht‘ bedroht. Im Maastricht-, wie auch in der ersten Phase des GATT-Diskurses dominierten die ‚*souverainistes*‘ der realistisch-autonomen Diskursformation und forderten ein Stopp der europäischen Integration bzw. eine Schwächung der europäischen Organe zugunsten nationaler Entscheidungsautonomie. Erst das deutsche Bekenntnis zur Selbsteinbindung (Maastricht) und die deutsche Kehre in den GATT-Verhandlungen ermöglichten eine Stärkung der neuen realistisch-europäischen Diskursformation, die nunmehr erfolgversprechend ‚Markt-Europa‘ mit supranationalen Elementen auszustatten bereit war und im GATT die ‚Dritte Kraft‘ reaktivieren konnte. Die deutsche Außenpolitik der Zurückhaltung erscheint in dieser Perspektive perfekt angepasst an die französische Identitätskonstruktion.

In der Verhaltensanalyse ist deutlich geworden, dass Frankreich in der europäischen Außenpolitik unstedt agiert. In der EPZ zeigte es ein breites Verhaltensspektrum, von uneingeschränkter Solidarität bis hin zu unilateralen Einzelaktionen (vgl. S. 82). Mit Kenntnis der Identitätskonstruktion wird dies verständlich und es können Bedingungen formuliert werden, unter denen Frankreich die europäische Außenpolitik unterstützen und vorantreiben wird – mithin Frankreichs Außenpolitik *uncontested* bliebe. Erstens ist dies wahrscheinlich, wenn Europa distinkt zu den USA handelt, denn die Identitätselemente ‚Frankreich als Großmacht‘ wie das ‚Frankreich als Teil Europas der Dritten Kraft‘ stünden dem dann keinesfalls entgegen. Zweitens wäre es im Sinne beider Identitätselemente wichtig, dass Deutschland Frankreich folgt. Die GATT-Fallstudie hat dies unterstrichen. Und drittens ist zu erwarten, dass Frankreich einer Einschränkung seiner Handlungsfähigkeit durch weitere Vergemeinschaftungstendenzen nur dann hinzunehmen bereit sein wird, wenn die ‚Bewahrung Frankreichs‘ davon nicht betroffen scheint. Sind diese Bedingungen gegeben – und der aktuelle Kontext der amerikanischen und deutschen Außenpolitik sowie der Konventsverhandlungen erscheint in diesem Sinne günstig – wird Frankreich weiterhin ein *promoter* der europäischen Außenpolitik sein.

#### *Anschlussfähigkeit des Ansatzes und Forschungsfragen*

Die vorgelegten Fallstudien zum Kosovokonflikt wie zu den GATT-Verhandlungen haben einen empirischen Eigenwert. Darüber hinaus leisten sie jedoch auch etwas für das theoretisch-methodische Konzept. Dies gilt zum einen in vergleichender Perspektive, denn die Ergebnisse der strukturierten und fokussierten Analyse in Kapitel 2 könnten als

Ausgangspunkt für mannigfaltige Fragestellungen dienen.<sup>2</sup> Durch den weitgehenden Verzicht auf Motivunterstellungen und eine Beschränkung auf den Staat als unitarischen Akteur ist die Analyse für andere Arbeiten insbesondere der vergleichenden Außenpolitikforschung verwendbar und kann zu andersgelagerten Hypothesenbildungen und einer anschließenden theoriegeleiteten Forschung genutzt werden. Zum anderen ergeben sich aber auch Anregungen für verschiedene andere Forschungsstränge der IB. So erscheint die weitere Erforschung des Zusammenhangs zwischen Positionswechseln, seiner diskursiven Herausforderung und seiner Korrektur oder Bestätigung – und damit seiner Nachhaltigkeit – lohnend.

Aus den Ergebnissen dieser Arbeit lässt sich dazu das folgende einfache Modell generieren (siehe folgende Seite): Das Kontinuitätsverhalten Frankreichs wird begleitet von einem permissiven Konsensus in der Außenpolitik, der sich dadurch auszeichnet, dass die Handlungsempfehlungen der drei dominierenden Diskursformationen konform gehen. Ausgelöst durch einen ‚Realitätsschock‘ kommt es zu einem Positionswechsel der Entscheider – in den vorliegenden (*Cohabitations*-) Fällen getroffen durch Staatspräsident und Premierminister ‚im kleinen Kreis‘. Der Positionswechsel, also das veränderte Außenverhalten, wird jedoch zunächst begleitet durch eine gouvernementale Kontinuitätsrhetorik. Diese wird sodann diskursiv herausgefordert, wobei sich der Diskurs sehr schnell öffnet und weite Teile der Gesellschaft erfasst. In den Begründungen für den Positionswechsel steht das veränderte wahrgenommene Verhalten anderer internationaler Akteure, vornehmlich der USA oben an. Die Opponenten des Positionswechsels knüpfen argumentativ an die gouvernementale Kontinuitätsrhetorik an, kommen aber zu anderen Handlungsempfehlungen. Der vormals stabile permissive Konsens zerbricht entlang der beiden bedeutendsten Diskursformationen, realistisch-europäische und realistisch-autonome. Die gouvernementalen Diskursträger unterfüttern die Begründungen für ihren Positionswechsel mit neuen Argumentationsmustern der realistisch-europäischen wie auch der idealistischen Diskursformation. Die wichtigsten Identitätselemente (v.a. Großmacht, Dritte Kraft, Bewahrung Frankreichs) werden mit neuen Bedeutungen versehen, wobei sich ‚Europa‘ für Umdeutungen besonders zu eignen scheint. Zugleich werden neue Referenzen hergestellt, bspw. universelle Werte mit einer Menschenrechtsargumentation an die Identitätskonstruktion angekoppelt. Unterstützt durch verschiedene gesellschaftliche Gruppen (wie den *nouveaux philosophes* und liberalen Interessensvertretern) gelang es der Regierung in beiden Fällen, die Diskurshegemonie zu erobern und so den Verhaltenswandel Frankreichs erfolgreich abzusichern.

---

<sup>2</sup> Dies haben die vorliegenden Arbeiten aus dem PAFE bereits unter Beweis gestellt, vgl. Jörißen und Stahl (2003).

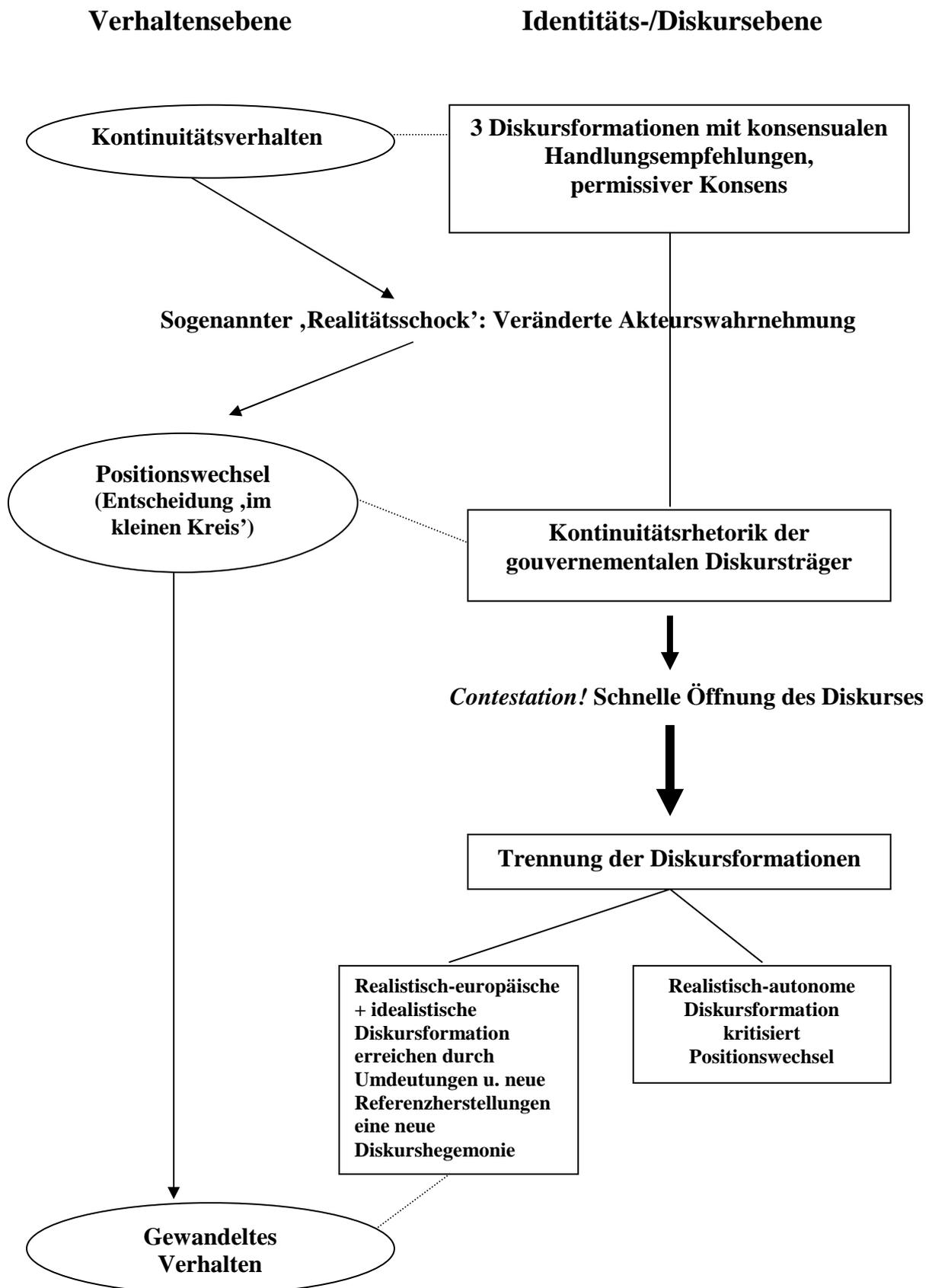


Abb. 13: Kontinuität und Wandel in Verhalten und Diskurs

Der in dieser Arbeit vorgelegte Ansatz zum Verständnis von Außenpolitik erscheint in vielerlei Hinsicht offen und anschlussfähig: So bilden die vorgestellten Identitätsstudien in Kapitel 3 einen Referenzrahmen für jegliche Art von Diskursanalysen für verschiedene Themen oder Zeitabschnitte der Außenpolitikforschung in Bezug auf Frankreich. Darüber hinaus schlägt der Ansatz einen praktikablen Weg vor, ‚Identität‘ auch für andere Länder zu endogenisieren. Zugleich würden sich Möglichkeiten ergeben, in der europäischen Identitätsforschung weiter zu kommen, indem die Resonanzbedingungen von Argumentationen (*‚goodness for fit‘*, Risse 2001) vergleichend analysiert werden können. Die Europäisierungsforschung wiederum könnte die mächtigen Diskursträger in den Blick nehmen, die in Personalunion als Entscheider und diskursive *‚change agents‘* die internationalen Ansprüche in nationalen Foren vermitteln und bearbeiten. In diesem Zusammenhang sei auch darauf hingewiesen, dass die Diskursanalysen die Annahme des intergouvernementalen Ansatzes zur Dominanz von Regierungen in Verhandlungsprozesse bestätigt hat. Wie die GATT-Studie gezeigt hat, ergeben sich darüber hinaus Perspektiven hinsichtlich des Zusammenhangs zwischen Diskursstruktur, Diskurshegemonie und der Stärke von Interessensgruppen. Die Ausführungen zur Diskurshegemonie schließlich können mit ihrer Nähe zur ‚Deutungsmacht‘ an Forschungen zur politischen Kultur, der Erinnerungsforschung oder der Geschichtspolitik anknüpfen.

Diese Arbeit hat den Anspruch erhoben, die französische Außenpolitik verständlich zu machen. Zu diesem Zweck wurde ein einfaches sowie ein komplexes Instrumentarium vorgeschlagen. Das einfache besteht aus einer strukturiert-fokussierten Verhaltensanalyse ergänzt um die drei dominanten Diskursformationen. Hiermit können substantielle Aussagen zur Kontinuität sowie der Chance für Wandel der französischen Außenpolitik getroffen werden. Erst differenzierte Aussagen über Gewichtsverschiebungen zwischen den Diskursformationen allerdings vermögen darüber Aufschluss zu geben, wie Verhaltenswandel begründet und abgesichert wird, also wie dauerhaft Positionswechsel aller Wahrscheinlichkeit nach sind. Solche Aussagen bedürfen indes der aufwändigeren Diskursanalyse mittels Identitätskonstruktion und Argumentationsmustern. Nur so wird im Einzelfall nachzuvollziehen sein, wie das Ergebnis französischer Außenpolitik – um den Lichtenberg’schen Spruch vom Anfang wieder aufzunehmen – Essig oder Wein werden konnte.